

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

22 - 1364

Eisenstadt, am 29. März 2023

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Nichts geht mehr, die Wohnbauförderung muss dringend verdoppelt werden“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Nichts geht mehr, die Wohnbauförderung muss dringend verdoppelt werden“

Burgenländerinnen und Burgenländer, welche ihren Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen möchten, stehen vor enormen finanziellen Herausforderungen. Gerade hier soll das Land Burgenland unterstützend zur Seite stehen.

Die letzten veröffentlichten Immobilienpreise in Österreich sind im Jahr 2021 weiter gestiegen. Der Anstieg des Häuserpreisindex (HPI) betrug 12,4 Prozent. Das war der höchste jährliche Anstieg seit Beginn der Indexreihe und liegt somit deutlich über den Werten der Vorjahre. Die Preise für Wohneigentum haben deutlich stärker angezogen als in den Jahren davor. Den drittgrößten Anstieg der Häuserpreise verzeichnete das Burgenland mit 13,7 Prozent. Die von Haushalten zu Wohnzwecken erworbenen Häuser verzeichneten laut Statistik Austria den höchsten Preisanstieg mit einem Plus von 12,5 Prozent. Die Eigentumswohnungen legten mit 15,5 Prozent deutlich zu, was mehr als eine Verdoppelung bedeutet. Kombiniert ergab sich für den Teilindex des bestehenden Wohnraums im Jahr 2021 ein Anstieg von 14,2 Prozent. Der Teilindex „Kauf von neuem Wohnraum“, der die Preisentwicklung von neuen Wohnungen und Fertighäusern abbildet, stieg im Jahr 2021 um 7,3 Prozent gegenüber 2020. Diese Zahlen werden auch im Jahr 2022 weiter angestiegen sein, allerdings wurden dafür noch keine Zahlen veröffentlicht.

Gerade in jungen Jahren hat man den Wunsch, in seinen eigenen vier Wänden leben zu können. Allerdings ist der Verdienst relativ niedrig. Gerade bei der Schaffung von Wohnraum sind junge Menschen mit den gestiegenen Baupreisen und stetigen Erhöhung des Leitzinses am Kapitalmarkt durch die Europäische Zentralbank (EZB) konfrontiert.

Die aktuelle Prognose des Euroconstruct Netzwerks für Österreich geht auch für die nächsten Jahre von einer sehr schwachen Entwicklung der realen Bauinvestitionen aus. Im Unterschied zu den Kostensteigerungen im Jahr 2021, die stark von Lieferkettenproblemen begleitet waren, sind besonders die hohen Energiepreise in

Folge des Ukraine-Krieges als treibender Faktor zu sehen. Durch die sehr energieintensive Produktionstechnologie vieler Baustoffe kam es hier zu empfindlichen Preissteigerungen. Der Baupreisindex für den Wohnhaus- und Siedlungsbau stieg im Jahr 2022 konstant an und erreichte Ende 2022 einen neuen Höchstwert für Österreich. Der aktuelle Baupreisindex beträgt 270,6. Im Jahr 2022 stiegen die Preise für Baumaterialien gegenüber dem Vorjahr um 16,0 Prozent, die Lohnkosten für den Bau verteuerten sich um 3,0 Prozent, somit stiegen die Baukosten um 10,1 Prozent.

Laut WIFO-Experten ist aber auch im Jahr 2023 nicht mit einem nominellen Rückgang der Baukosten zu rechnen, aufgrund des akuten Fachkräftemangels und der aktuellen Inflation. Die Materialpreise werden infolge hoher Energiekosten noch eine Zeit auf erhöhtem Niveau bleiben.

Der Verein für Wohnbauförderung hat Mitte März 2023 bei seiner Vorstandsklausur festgestellt, dass bei einer Neubaumiete von 12 Euro pro Quadratmeter Wohnnutzfläche die aktuelle Wohnbauförderung nicht mehr ausreicht, um die derzeitigen Entwicklungen zu kompensieren. Es brauche demnach die Erhöhung der Förderungsdarlehen oder die zusätzliche Gewährung von Annuitätenzuschüssen oder Einmalzuschüssen. Es steht fest, dass sich jeder zusätzliche Euro, der in den geförderten Wohnbau investiert wird, mehrfach rentiert, weil die heimische Wirtschaft angekurbelt wird, der Wirtschaftsstandort gestärkt wird und so Beschäftigungs- und Wachstumseffekte hervorgerufen werden.

Die SPÖ-Alleinregierung erhält jährlich beinahe doppelt so viel aus dem Bundestopf für die Wohnbauförderung, als sie letztendlich den Burgenländerinnen und Burgenländer für die Wohnbauförderung zur Verfügung stellt. Da es hierfür keine Zweckwidmung gibt, muss davon ausgegangen werden, dass diese Mittel in den Budgetlöchern des Landes versickern.

Die Richtlinie zur Wohnbauförderung im Burgenland sieht vor, dass die Errichtung von Eigenheimen und die Schaffung einer Wohneinheit durch Zubau, Auf- und Ausbau sowie damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen gefördert werden.

Mit den in der Wohnbauförderrichtlinie festgelegten Fördersätzen ist der Wunsch vom Eigenheim nicht mehr realisierbar. Daher ist hier jedenfalls eine Verdoppelung der

Fördersätze notwendig, um jungen Menschen unter die Arme zu greifen, damit sie ihren Wunsch von den eigenen vier Wänden verwirklichen können.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, entsprechend der Antragsbegründung die zusätzlich erforderlichen budgetären Mittel zur Verfügung zu stellen, für folgende Maßnahmen:

1. Verdoppelung der Fördersätze für die Wohnbauförderung
2. Junges Wohnen ermöglichen
3. Bundesmittel für die Wohnbauförderung zweckwidmen